



**Nein SVP-Abschottungsinitiative**  
**Ja FABI**  
**Nein Abtreibungsinitiative**



Jessica Allemann



## Simonetta will gewinnen

Für das neue Jahr hat Simonetta Sommaruga ein grosses Ziel: eine klare Ablehnung der untauglichen und diskriminierenden Masseneinwanderungsinitiative. Im Gespräch mit «links» erklärt sie, warum dieser Abstimmungskampf unbedingt gewonnen werden muss und wie die aktuelle Zuwanderungsdebatte in konstruktive Bahnen gelenkt werden kann.

Seiten 2 bis 4

### POSITIONEN



Die Betroffenheit über Mandelas Tod ist gross. Nun müssen endlich die **Beziehungen der Schweiz zum Apartheid-Regime** lückenlos offengelegt werden.

Seite 8

### THEMA



Es braucht einen Systemwechsel bei der obligatorischen Krankenversicherung. Was heute schiefläuft und weshalb es eine **öffentliche Krankenkasse** braucht.

Seite 13

### AUSBLICK



Was bringt uns das neue Jahr? **Welche Herausforderungen stehen der SP 2014 bevor?** Wir haben die Übersicht.

Seiten 14 und 15

# «Mein Leitstern ist immer die

**Simonetta Sommaruga befindet sich mitten in einem harten Abstimmungskampf gegen die SVP-Masseneinwanderungsinitiative – ein Kampf, den sie unbedingt gewinnen will. Mit «links» hat sie über die diskriminierende und untaugliche Initiative gesprochen, über flankierende Massnahmen als echte Lösung, die Migrationsdebatte innerhalb der SP und die menschliche Würde als Leitstern bei schwierigen Entscheidungen.** Interview: Lisa Schädel

«links»: Simonetta, bist du mit politischen Vorschlägen ins neue Jahr gestartet?

Simonetta Sommaruga: Ja, ich habe einen kurzfristigen Vorsatz gefasst, der mir sehr wichtig ist. Wir müssen die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative gewinnen. Es geht hier um sehr viel. Es ist keine Abstimmung, bei der man Symbole oder Zeichen setzen kann, wie ich es immer wieder höre. Es geht hier um eine Systemfrage, nicht um das Kleingedruckte. Es genügt deshalb nicht, gegen die Initiative zu sein. Wir müssen dann tatsächlich alle auch an die Urne und geschlossen gegen diese Initiative stimmen.

Wo siehst du die grössten Probleme der Initiative?

Erstens reduziert die Initiative Ausländerinnen und Ausländer auf ihre Arbeitskraft. Und selbst für Asylsuchende will sie eine Höchstzahl. Das ist nicht das Menschenbild, das ich vertrete. Zweitens schottet die Initiative die Schweiz von Europa ab, unserem wichtigsten Handelspartner. Und drittens würde die Initiative – wenn wir sie beim Wort nehmen – mit ihrem Schweizervorrang zu einer massiven Diskriminierung der Secondos führen. Ausserdem macht mir auch die riesige Bürokratie Sorgen, welche die Initiative gerade auch für die KMU mit sich bringen würde.

Ausgerechnet von der sonst so staatskritischen SVP kommt eine solch bürokratielastige Initiative...

Ja, das ist sehr erstaunlich.

Die Initiative scheint dennoch bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung zu stossen...

Das ist eine interessante Frage: Warum erreicht diese Initiative viele Menschen auch ausserhalb der SVP, selbst Leute in unseren Kreisen? Es lohnt sich, darüber nachzudenken. Ich bin sehr viel unterwegs, spreche mit den Menschen und spüre ein Unbehagen in Teilen der Bevölkerung. Das ist nicht ungewöhnlich. Immer, wenn die Bevölkerung rasch gewachsen ist, gab es ein solches Unbehagen. Das war in den 60er-Jahren so, als die Zuwanderung noch höher war als heute. Als Reaktion darauf gab es damals eine Überfremdungsinitiative, die

«Schwarzenbach-Initiative», die dann abgelehnt wurde. Und jetzt haben wir die Masseneinwanderungsinitiative. Es ist richtig, dass wir über Wachstum nachdenken. Aber die Antwort ist nicht eine Initiative, die neue Probleme schafft.

Wird es möglich sein, die Leute davon zu überzeugen, dass die Initiative die Probleme eben nicht löst?

Ich stelle fest, dass es ein sehr grosses Informationsbedürfnis gibt. Deshalb ist es mir sehr wichtig zu zeigen, dass diese Initiative kein einziges der bestehenden Probleme löst. Abgesehen davon, dass Kontingente die Zuwanderung gar nicht mindern. So hatten wir mit dem Kontingentsystem in den 60er-Jahren eine höhere Zuwanderung als heute.

Wie lassen sich die Probleme lösen?

Die SP schlägt

einen Ausbau der flankierenden Massnahmen vor. Ist das der richtige Weg?

Ja, das ist der richtige Weg. Es ist ein grosses Verdienst unserer Partei, dass wir uns damals bei der Einführung der Personenfreizügigkeit vehement für die flankierenden Massnahmen eingesetzt haben – damit dieses System nicht zulasten unserer guten Arbeitsbedingungen geht. Es braucht flankierende Massnahmen, damit wir in der Schweiz ein kluges und nachhaltiges Wachstum haben. Der Bundesrat hat die flankierenden Massnahmen in den letzten zwei Jahren ständig verbessert und er erwartet von den Sozialpartnern, dass sie aufzeigen, wie man Missbräuche von Unternehmen bekämpft, die Gesamtarbeitsverträge unterlaufen. Ich selbst verstehe flankierende Massnahmen in einem breiten Sinne: Wir müssen dafür sorgen, dass weiterhin bezahlbarer Wohnraum verfügbar ist. Wir müssen unsere Landschaften schützen, die Zersiedelung stoppen und den öffentlichen Verkehr ausbauen. Dies sind Massnahmen, die nebst den klassischen flankierenden Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt umgesetzt werden müssen.

Auch Rudolf Strahm, mit dem du in der Vergangenheit eng zusammengearbeitet hast, hat kürzlich das Thema flankierende Massnahmen angesprochen. Er hat die Möglichkeit eines linken Ja zur SVP-Initiative ins Spiel gebracht, als Druckmittel gegen den Bundesrat, damit dieser zusätzliche flankierende Massnahmen umsetzt. Kannst du seine Argumentation nachvollziehen?

Achtung: Rudolf Strahm hat sich nie für ein Ja zur Initiative ausgesprochen. Er hat sich für einen gesetzlichen Mindestlohn in den Nicht-GAV-Branchen ausgesprochen und für weitere flankierende Massnahmen. Diese Argumentation ist durchaus nachvollziehbar, finde ich. Besonders auch in Bezug auf die Frage der

**«Die SVP-Initiative reduziert Ausländerinnen und Ausländer auf ihre Arbeitskraft. Das ist nicht das Menschenbild, das ich vertrete.»**

Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien, die uns noch beschäftigen wird. Aber für mich ist absolut klar: es braucht ein Nein zur Masseneinwanderungsinitiative. Diese Initiative eignet sich nicht als Druckmittel, denn hier entscheiden wir über einen Systemwechsel. Eine Annahme der Initiative würde das Ende der Personenfreizügigkeit bedeuten und eine Rückkehr zum alten Kontingentsystem, das wir bereits kennen – mit all seinen Nachteilen.

Strahm hat auch kritisiert, dass die SP bei Migrationsfragen zu weit von den Bürgersorgen entfernt sei. Teilst du seine Ansicht?

Die Migrationsdebatte polarisierte lange Zeit sehr stark zwischen links und rechts. In der SP waren lange, vielleicht zu lange, gewisse differenzierte Positionen tabu. Ich stelle aber fest, dass sich das in der Zwischenzeit sehr verändert hat. Es gibt nun auch in unserer Partei eine lebhaftere Diskussion rund um diese Themen, was ich sehr begrüsse. Ich bin auch der Meinung, dass sich die Partei dieser Debatte ruhig noch intensiver annehmen soll. Denn es

# *menschliche Würde»*



handelt sich hier um Fragen, die die Menschen beschäftigen. Und wir als SP können gute Vorschläge einbringen.

**Auch die Asylthematik ist ein Teil der Migrationsdebatte, die die Bevölkerung sehr zu bewegen scheint. Wie kannst du die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen, gleichzeitig aber für faire Asylverfahren sorgen?**

Mein Ziel ist es, in dieser sehr polarisierten Diskussion wieder einen minimalen Konsens herzustellen. Der Grundsatz muss sein, dass die Menschen, die Schutz brauchen, diesen in unserem Land bekommen. Ich habe sehr intensiv mit den Kantonen zusammengearbeitet, um die Asylverfahren zu beschleunigen, gleichzeitig aber den Rechtsschutz für Asylsuchende auszubauen. Ich denke, auf diesem Weg können wir letztlich auch für die Asylsuchenden mehr tun als bisher. Diejenigen, die bleiben, sollen schneller integriert werden. Und diejenigen, die zurückgehen müssen, sollen rasch Bescheid bekommen und nicht jahrelang warten müssen.

**Bleiben wir beim Thema: Die SP hat an ihrer letzten Delegiertenversammlung eine Resolution verabschiedet, in welcher sie den Bundesrat auffordert, das Flüchtlingskontingent für syrische Flüchtlinge von 500 auf 2000 zu erhöhen. Wie viel Spielraum hast du, um eine solche Forderung umzusetzen?**

Die Schweiz hat lange Zeit gar keine Flüchtlingsgruppen mehr aufgenommen. Ich habe diese humanitäre Tradition wieder eingeführt. Zuerst habe ich kleine Gruppen aufgenommen, das kann ich in eigener Kompetenz entscheiden. Dann habe ich dem Bundesrat zusätzlich beantragt, dass wir 500 Kontingentsflüchtlinge aufnehmen, und der Bundesrat hat zugestimmt. Die Wiederaufnahme dieser humanitären Tradition ist ein wichtiger Schritt.

**Folgen noch weitere Schritte?**

Wir denken immer weiter, aber es ist zuerst einmal wichtig, dass wir diese Tradition wieder aufgenommen haben. Wir haben ein spezielles Integrationsprogramm für diese Flüchtlingsgruppen vorgesehen. Diese Menschen sind häufig traumatisiert, es hat überdurchschnittlich viele Frauen und Kinder darunter, und wir wollen mit speziellen Anstrengungen dafür sorgen, dass sie sich möglichst rasch bei uns zurechtfinden und dass sie in diesem Land ein eigenständiges Leben führen können. Da müssen wir viel investieren und wir werden das auch tun.



«Man muss den Leuten erklären, dass die Masseneinwanderungsinitiative kein einziges Problem löst.»

**Kurz nach deinem Amtsantritt hast du in einem «links»-Interview gesagt, dein Departement, das EJPD, sei Liebe auf den zweiten Blick gewesen (Nr. 116, Februar 2011). Hält diese Liebe an?**

Ja, diese Liebe hält sehr an. Ich kann an einem kleinen Beispiel aufzeigen, warum: Vor Weihnachten war ich im Bundesamt für Migration. Ich habe die Dossiers gesehen, die dort gelagert werden – über eine Million Einbürgerungs- und Asyl dossiers. Und hinter jedem einzelnen steht ein Mensch, ein Schicksal, eine Lebensgeschichte. Das finde ich sehr typisch für mein Departement. Es ist ein ganz besonders menschliches und emotionales Departement. Es geht hier nicht nur um Migrationsfragen, sondern auch um gesellschaftspolitische Fragen, die die Menschen immer ganz direkt betreffen – oft auch in existentieller Art und Weise. Bei all diesen Fragen ist mein Leitstern immer die menschliche Würde.

**Macht es das nicht teilweise auch sehr schwierig? Gerade weil es um so menschliche Fragen geht, sind gewisse politische Entscheidungen für die betroffenen Menschen teilweise sehr unmenschlich. Wie gehst du damit um?**

Ja, es sind oft schwierige Fragen. Ich sehe die einzelnen Menschen hinter diesen Dossiers und gleichzeitig müssen wir Gesetze vor-

schlagen, die für alle gelten. Das ist ein grosses Spannungsfeld. Ich versuche deshalb immer wieder, mir vor Ort ein Bild zu machen, damit ich weiss, wovon ich spreche. Letztes Jahr war ich an der türkisch-griechischen Grenze. Ich bin dort am Grenzfluss Evros gestanden und habe mit den Behörden gesprochen, die täglich konfrontiert sind mit Menschen, die über den Evros flüchten – viele sind dabei ertrunken. Ich habe mir vor Ort ein Bild davon

**«Die Linke hat sehr viele gute Vorschläge zur Gestaltung der Zukunft unseres Landes. Jetzt müssen wir ihnen Schub verleihen – darauf freue ich mich.»**

gemacht, wie die Situation dieser Menschen aussieht, die versuchen, auf diesem gefährlichen Weg nach Europa zu gelangen. So weiss ich erstens, wovon ich spreche, und zweitens kann ich auf diese Weise diesen menschlichen Aspekt meiner Arbeit immer wieder selber erleben und an mich herankommen lassen. Ich will mich auch weiterhin von diesen menschlichen Schicksalen bewegen lassen, auch wenn das manchmal nicht ganz einfach ist.

**Auch nicht einfach ist es, die eigenen Wünsche und Vorstellungen dann umzusetzen, nehme ich an...**

Ja. Ich bewege mich in einem politischen Um-

feld und in einer direkten Demokratie, wo am Schluss die Bevölkerung entscheidet. Aber ich denke, dass ich als Bundesrätin immer wieder auch die Art und Weise prägen kann, in der wir über gewisse Themen sprechen. Dabei orientiere ich mich, wie gesagt, immer an der menschlichen Würde.

**Was schätzt du am meisten an deiner Arbeit? Ist es dieser Kontakt mit so vielen verschiedenen Menschen?**

Diese Begegnungen sind mir sehr wichtig, sie machen mich menschlich reicher. Ich mag aber auch die Auseinandersetzungen, etwa in den Bundesratssitzungen. Wir diskutieren hart, aber es gibt auch immer wieder ein Bestreben, gemeinsam für etwas zu kämpfen und sich zu einigen. Auch die Arbeit im Parlament gefällt mir sehr. Gerade wenn in Kommissionsitzungen gerungen wird, und ich dort einen Beitrag zu einer ausgewogenen Lösung leisten kann, freut mich das sehr.

**Zum Schluss: Was liegt dir für das soeben begonnene Jahr besonders am Herzen?**

Ich möchte, dass wir die aktuelle Diskussion rund um die Zuwanderung nutzen, um wichtige Fragen zu thematisieren. Was für eine Schweiz wollen wir, welche Art von Wachstum wollen wir, wie sichern wir die guten Arbeitsplätze? Die Linke hat hier gute Vorschläge, jetzt müssen wir ihnen Schub verleihen. Damit gestalten wir die Zukunft unseres Landes, und darauf freue ich mich.

NEIN ZUR SVP-VOLKSINITIATIVE «GEGEN MASSENEINWANDERUNG»

# Untauglich und fremdenfeindlich

## Die Initiative will die Schweiz abschotten

Die Zuwanderung muss nicht begrenzt, sondern mit inneren Reformen flankiert werden. Es braucht genug bezahlbaren Wohnraum, einen wirksamen Schutz der Arbeitnehmenden sowie eine Bildungsoffensive. Ebenfalls entscheidend ist, dass die Menschen in der Schweiz besser Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Nur so wird die Zuwanderung zum Wohlstandsgewinn für alle.

## Die Initiative will zurück zur Baracken-Schweiz

Die Initiative will eine Rückkehr zur gescheiterten Kontingentspolitik, die bis zur Einführung der Personenfreizügigkeit gegolten hat. Kontingente und Höchstzahlen sind eine Scheinlösung, die nie funktioniert hat. Die Initiative setzt damit auf ein untaugliches Rezept aus dem letzten Jahrhundert für die Herausforderungen von heute und morgen.

## Die Initiative ist unmenschlich

Die Initiative will die Schweiz abschotten und die Öffnung der letzten Jahre rückgängig machen. Der Austausch mit dem Ausland als Basis von Wohlstand und Stabilität wird negiert. Stattdessen wird die Réduit-Mentalität zelebriert. Und durch die Festlegung von Höchstzahlen im Asylbereich und beim Familiennachzug widerspricht die Initiative der humanitären Tradition.

## «Flankierende Massnahmen statt Kontingente»

Die Initiative will Kontingente wieder einführen. Ist das nicht eine gute Lösung? So kommen genau so viele Arbeitskräfte wie es braucht.



**Corrado Pardini:** Die Schweiz kann auf jahrzehntelange Erfahrungen mit Kontingenten zurückblicken. Wir wissen deshalb, dass diese Politik definitiv gescheitert ist und eine völlig untaugliche

Lösung darstellt. Die Zuwanderung war nie so hoch wie zu Zeiten der Kontingentspolitik. Die Höhe der Zuwanderung wird nämlich nicht in erster Linie von der Politik bestimmt, sondern vom Bedarf der Wirtschaft.

Die SP wehrt sich gegen eine Rückkehr zur «Baracken-Schweiz». Was ist damit gemeint?

Bis 2002 kannte die Schweiz das so genannte Saisonierstatut. Seit den 30er-Jahren wurden auf diese Weise billige Arbeitskräfte in die Schweiz geholt. Diese durften jeweils für maximal neun Monate im Jahr in der Schweiz bleiben. Sie erhielten Tiefstlöhne und lebten unter erbärmlichen Bedingungen, oft zu viert oder zu sechst in einem Raum in lotterigen Baracken. Sie hatten kein Recht, ihre Familien in die Schweiz zu holen, und waren völlig dem Wohlwollen ihrer Arbeitgeber ausgeliefert. Eine Kündigung des Arbeitsvertrags bedeutete die sofortige Rückkehr in ihr Herkunftsland. Die Menschenwürde dieser Saisoniers wurde mit Füßen getreten.

Aber dann würden wenigstens die Löhne der Schweizer Arbeitnehmer steigen. Das wäre doch eine gute Sache.

Das ist ein völliger Trugschluss. Die Erfahrung hat gezeigt, dass das Saisonierstatut wie auch andere Kontingentslösungen zu tieferen Löhnen für alle führen. Dem Lohndumping würde Tür und Tor geöffnet, worunter alle Arbeitnehmenden zu leiden hätten – egal ob Schweizer oder Ausländer. Aus diesem Grund braucht es keine neuen Kontingente, sondern Massnahmen gegen Lohndumping und eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte.

**Corrado Pardini** ist Nationalrat BE und Gewerkschafter

## DARUM GEHT ES

Die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» verlangt eine Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik. Über Höchstzahlen und Kontingente soll versucht werden, die Einwanderung zu steuern und zu begrenzen. Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen, schliessen also auch den Asylbereich, den Familiennachzug sowie GrenzgängerInnen mit ein. Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, Familiennachzug und auf Sozialleistungen kann beschränkt werden. Es ist davon auszugehen, dass eine Annahme der Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU und damit aller bilateralen Verträge führen würde.

## STANDPUNKT



**Leyla Gül**  
Co-Generalsekretärin

## Der Super-Heuchler

Das Thema Heuchelei prägte ja ein bisschen die Debatte im ausklingenden Jahr – Wasser predigen und Wein trinken. Die Moralkeule traf das Ehepaar Fehr, Nationalrat Luzi Stamm, den Aargauer Regierungsrat Hürzeler. Allen gemein ist, dass sie über Ausländer schimpfen (oder zumindest einer Partei angehören, zu deren Programm das gehört) und in ihrem persönlichen Alltag von Ausländerinnen oder ausländischen Dienstleistungen profitier(t)en. Heuchelei in der Politik ist ein altes Thema. Wer Heuchelei googelt, landet fast zwangsläufig auf einer politischen Website. Normalerweise sind es die Rechten, die den Linken vorwerfen, nicht so nett zu sein, wie sie eigentlich tun. Abzocker nur deswegen zu kritisieren, weil man eigentlich neidisch sei. Ökologie und Nachhaltigkeit zu predigen und dann doch das Auto oder das Flugzeug zu nehmen, weils gäbiger ist. Billiglöhne zu kritisieren und im Discount-Laden einzukaufen. Die Konsumgesellschaft anzuprangern, aber am Sonntag in der Bahnhof-Migros ein Fondue besorgen, weils am Samstag einfach nicht gereicht hat.

Mit Widersprüchen leben wir alle. Manchmal sind sie okay, manchmal lustig, im schlimmsten Fall peinlich. So frage ich mich als überzeugte Pazifistin, wie ich zwei Kinder auf die Welt bringen konnte, die jeden Gegenstand zu einer Waffe umfunktionieren. Auch ihr Vokabular ist in dieser Hinsicht bemerkenswert. (Welcher Vierjährige weiss schon, was ein Morgenstern ist?) Die Frage ist, ob uns jeder Widerspruch zu Heuchlern macht.

Ohne diese Frage abschliessend beantworten zu können, verbege ich hier den Preis des Oberheuchlers. Er geht an Nationalrat Minder, der an vorderster Front, mit roten Boxhandschuhen (die meinen Kindern sicher gefallen würden) und unter dem Motto «Zuwanderung ist schlimmer als Abzockerei», für die Masseneinwanderungs-Initiative kämpft. Genau nach solchen Zuwanderern sucht er auf deutschen Stellenportalen jedoch für seine Firma. Das nenne ich wirklich Wasser predigen und Wein trinken. Wenigstens kann er es mit einem kräftigen Schluck Trybol-Mundwasser ausspülen.

JA ZU «FINANZIERUNG UND AUSBAU DER BAHNINFRASTRUKTUR» (FABI)

# Mit FABI die Zukunft aufgleisen

Am 9. Februar 2014 wird die Schweiz über die Vorlage «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur», kurz FABI genannt, entscheiden. FABI sichert dem öffentlichen Verkehr (öV) und damit dessen KundInnen und dem Personal eine Zukunft, denn das Schienennetz lässt sich damit längerfristig und sicher finanzieren. Ein Scheitern der Vorlage wäre ein kolossaler Scherbenhaufen.

## Ausbau des Bahnnetzes

In den letzten Jahren erlebte der öV einen enormen Boom. Allein zwischen 1998 und 2011 nahm die Verkehrsleistung der Bahn um 59 Prozent zu. Heute stösst sie in vielen Regionen, insbesondere in den städtischen Agglomerationen, an ihre Grenzen. Doch die Hunderttausenden von Pendlerinnen und Pendlern in unserem Land sind auf einen leistungsfähigen und effizienten öV angewiesen. FABI schafft die Voraussetzungen dafür, dass mehr und längere Züge verkehren können.

## Für alle Landesregionen

In keinem anderen Land können die Bahnreisenden auch abgelegene Gegenden so problemlos erreichen. FABI will diesen grossen Trumpf des öV in unserem Land bewahren: Das Schienennetz soll nicht nur punktuell, sondern systematisch, im ganzen Land ausgebaut werden.

## Sichere Finanzierung

Die bisherigen Finanzierungsquellen reichen nicht aus, um das Bahnnetz auszubauen und die bestehenden Engpässe rasch zu beheben. FABI sieht deshalb vor, den geplanten neuen Bahninfrastrukturfonds (BIF) mit zusätzlichen Geldern zu alimentieren. Der BIF wäre zeitlich unbegrenzt und es würden wie bisher Anteile der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe (LSVA), der Mineralölsteuer auf Treibstoffen und der Mehrwertsteuer in den Fonds fließen. Zusätzlich würde dieser durch Bundesbeiträge, Kantonsbeiträge sowie ein zusätzliches, zeitlich befristetes Mehrwertsteuerepromille gespiesen. FABI belastet somit nicht einseitig bestimmte Teile der Bevölkerung, sondern stellt einen gut ausgewogenen, typisch schweizerischen Kompromiss dar. Nur so kann die künftige Finanzierung des öV dauerhaft gesichert werden.

## Mehr Sicherheit

Die Bahn ist ein sehr sicheres Verkehrsmittel. Tag für Tag setzen jedoch Tausende von Zügen die Bahninfrastruktur einer enormen Belastungsprobe aus. FABI garantiert den Unterhalt dieser Infrastruktur und macht die Bahn damit noch sicherer. Die öV-Vorlage ermöglicht es auch, in die Jahre gekommene Tunnel zu sanieren, bevor diese zu einem Risikofaktor werden.

## Gut für die Wirtschaft

Die Bahn bringt unserem Land Geld, Wohlstand und Arbeitsplätze. Allein der Bahnpersonenverkehr weist eine jährliche Wertschöpfung von mehreren Milliarden Franken auf. Der öV ist ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen. Von einem effizienten Bahnsystem profitieren die Transportunternehmen ebenso wie der Tourismus.

## Gut für die Umwelt

Die Umwelt wird durch den Verkehr erheblich belastet, die Landschaft zubetoniert. FABI stärkt den öV und macht eine umweltgerechtere Verkehrspolitik möglich.

## DARUM GEHT ES

Die Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) ist als Gegenvorschlag zur Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» entstanden, welche letzten Sommer zurückgezogen wurde. Im Zentrum von FABI steht ein neuer Fonds für das Schienennetz, mit dem in Zukunft Unterhalt, Betrieb und Ausbau der Bahninfrastruktur aus einer Hand finanziert werden. Der Ausbau des Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene kann so längerfristig gesichert werden.

## SP 60+ für FABI

Auf Antrag seiner Arbeitsgruppe «Energie und Verkehr» empfiehlt der Vorstand der SP 60+ ein Ja zur Finanzierung und zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI). Die Abstimmung am 9. Februar soll dem guten öffentlichen Verkehr die Zukunft sichern.

Dank Taktfahrplan, Bahn 2000 und Neat gilt die Bahnversorgung der Schweiz als weltweit vorbildlich. Die GenossInnen der SP 60+ haben diese gute Entwicklung aktiv miterlebt. Erst der neue FABI-Fonds gibt ihr eine dauerhafte finanzielle Grundlage. Er sichert die noch nötigen ergänzenden Anlagen im Netz und finanziert den bisher vernachlässigten Unterhalt und so einen weiterhin störungsfreien, sicheren und

pünktlichen Betrieb. Die Wirtschaft und die Bevölkerung sind darauf angewiesen.

SP 60+ verweist auf jene Hälfte der Schweizer Bevölkerung, die nicht automobil unterwegs ist – die älteren, behinderten, ganz jun-

**«FABI sorgt für einen störungsfreien, sicheren und pünktlichen Betrieb.»**

gen und die sonst umwelt- und klimaschonend Reisenden. Sie wären ohne ein gutes Bahn- und Busnetz benachteiligt. Immer wieder wird vergessen, dass dieses Netz die Strassen vom wachsenden Pendler- und Güterverkehr entlastet. Das heisst weniger Stau und mehr Komfort für den Privatverkehr. Es ist deshalb

absolut gerechtfertigt, wenn für FABI weiterhin Anteile aus Abgaben des Strassenverkehrs zur Verfügung stehen.

Die Schweizer Stimmberechtigten haben, gegen teils heftigen politischen Widerstand, der Bahn 2000, der Alpeninitiative, sinnvollen Abgaben wie der LSVA, den Neat-Alpentunneln und der FinöV-Finanzierung zugestimmt. Die SP 60+ erinnert gern daran, denn die Ablösung von FinöV durch den besseren FABI ist nur die logische Konsequenz.



Rolf Zimmermann  
Vorstandsmitglied SP 60+

NEIN ZU «ABTREIBUNGSFINANZIERUNG IST PRIVATSACHE»

# Asoziale Zwängerei

**Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ist verlogen, asozial und unethisch. Sie kommt aus denselben christlich-fundamentalistischen Kreisen, die 2002 die Fristenregelung bekämpften und mit der Initiative «Für Mutter und Kind» ein Totalverbot der Abtreibung einführen wollten.**

Im Wissen, dass ein Abtreibungsverbot heute vor dem Volk keine Chance hätte, versuchen die Initianten der aktuellen Initiative, Hürden für Frauen aufzubauen. Über die Hintertür der Finanzen soll der Zugang zum legalen, fachgerecht durchgeführten Schwangerschaftsabbruch erschwert werden. Damit wird das klare Volks-Ja zur Fristenregelung ignoriert.

Sie treffen damit aber nur eh schon benachteiligte Frauen: Mittellose, Arbeitslose, Jugendliche, Migrantinnen. Wenn die Versicherung den Eingriff nicht mehr bezahlt, müssen diese Frauen das Geld irgendwie zusammenkratzen, vom Grundbedarf der Familie abzweigen,

## DARUM GEHT ES

Die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» will, dass die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch – ausser in wenigen Ausnahmefällen – nicht mehr von der Grundversicherung der obligatorischen Krankenversicherung übernommen werden. Die Mitglieder des Initiativkomitees stammen aus rechtskonservativen, katholischen und christlich-evangelikalen Kreisen.

Schulden machen. Der Eingriff wird – gemäss Erfahrungen in den USA – um Wochen verzögert, das Risiko erhöht. Einige Frauen werden sich mit dubiosen Do-it-yourself-Methoden helfen, unter Gefährdung ihrer Gesundheit. Andere werden ungewollte Kinder gebären – mit Folgen für die körperliche und psychische Gesundheit der Frauen und Kinder und sozialen Kosten für die Gesellschaft.

Die InitiantInnen können es «nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren», sich mit ihren Krankenkassenprämien an Schwangerschaftsabbrüchen zu beteiligen. Die Kosten für Abbrüche machen pro Jahr nicht einmal 1 Franken pro Versicherten aus. Damit wird niemandes Gewissensfreiheit verletzt. Kein Prämienzahler muss an Abbrüchen mitwirken. Hingegen verletzen die InitiantInnen das Recht der Frauen auf Selbstentscheid und Gesundheit. Das ist unethisch.



**Anne-Marie Rey**

Alt-Grossrätin BE, Schwangerschaftsabbruch-Infostelle [www.svss-uspda.ch](http://www.svss-uspda.ch)

## KNALLROT



**Yvonne Feri**

Nationalrätin AG und Präsidentin der SP Frauen Schweiz

## Das Rad nicht zurückdrehen

Vor zwölf Jahren ist in der Volksabstimmung die Fristenregelung mit über 72 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden. Sie hat den Frauen das Recht auf einen eigenverantwortlichen Entscheid über den Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft gebracht. Die Zahlungspflicht der Krankenversicherung für den Eingriff war Bestandteil der Abstimmungs-vorlage und wurde vom Volk klar gutgeheissen. Die Fristenregelung hat sich in den zwölf Jahren seit der Abstimmung bewährt:

■ Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist, trotz Bevölkerungszunahme, nicht angestiegen.

■ Die Schwangerschaftsabbruchrate ist die niedrigste in ganz Europa.

■ Beides ist vor allem einer guten Prävention zu verdanken.

Die 2011 eingereichte Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» will nun das Rad wieder zurückdrehen, indem die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch – ausser in wenigen Ausnahmefällen – nicht mehr von der Grundversicherung der obligatorischen Krankenversicherung übernommen werden. Unter dem Deckmantel einer Kosteneinsparung im Gesundheitswesen soll den Frauen in der Schweiz der Zugang zum legalen Schwangerschaftsabbruch erschwert werden. Das betrifft vor allem finanziell schwächere Frauen. Das wiederum birgt die Gefahr, dass sie auf medizinisch zweifelhafte Angebote ausweichen und so gesundheitliche Risiken eingehen müssen.

Die Initiative suggeriert, Frauen seien selbst schuld, wenn sie schwanger werden. Von einer Mitverantwortung der Männer ist nicht die Rede. Dabei gehören zu einer Schwangerschaft immer eine Frau und ein Mann. Mit der Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus der Grundversicherung entlässt sie Männer aus der Verantwortung, müssen diese doch keine Zusatzversicherung abschliessen. Die Einsparungen durch die Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus der Grundversicherung würde eine Entlastung um 0,03 Prozent bringen, das heisst 8 Millionen Franken. Das ist lächerlich und zeigt, dass die Finanzierungsfrage nur ein Deckmantel ist. Die Initiative verdient eine kräftige Ablehnung!



123r1

DIE SCHWEIZ UND DIE APARTHEID

# Ein dunkles Kapitel

**Anfang Dezember verstarb Nelson Mandela im Alter von 95 Jahren. Anlässlich des Todes des grossen südafrikanischen Freiheitskämpfers hat der Bundesrat seine grosse Betroffenheit kundgetan und Mandela für dessen Verdienste geehrt. Diese Äusserungen stehen jedoch in scharfem Kontrast zur Weigerung der Schweizer Regierung, die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika während des Apartheidregimes lückenlos aufzuklären und Licht in dieses dunkle Kapitel zu bringen.**

Die Apartheid in Südafrika gehört zu den grossen Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts. Apartheid bedeutete die systematische und gewalttätige Diskriminierung und Unterdrückung eines grossen Teils der Bevölkerung aufgrund von deren Hautfarbe. Das hat nicht nur die Staatengemeinschaft, sondern auch das schweizerische Strafgesetzbuch mit dem neuen Art. 264a inzwischen anerkannt.

Leider spielten der Schweizer Staat und Teile der Wirtschaft durch den offenen Bruch der UNO-Sanktionen in den letzten Jahrzehnten des Apartheidregimes eine bedenkliche Rolle. Diese Sanktionen waren aus menschenrechtlichen Gründen verhängt worden. Sie und der Druck der demokratischen Weltöffentlichkeit brachten zusammen mit den Befreiungsbewegungen – den demokratischen Bewegungen in Südafrika selber – das Apartheidregime anfangs der Neunzigerjahre zu Fall. Die offizielle Schweiz hat diese Bewegungen zur Überwindung des Apartheidregimes durch den Bruch der Sanktionen im Bereich der Waffen- und Nuklearindustrie, aber auch im Finanzsektor, sabotiert.

Anstatt dieses dunkle Kapitel der jüngeren Schweizer Geschichte rückhaltlos aufzuarbeiten, hat der Bundesrat die Akten über die Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Apartheidregime gesperrt. Bei dieser Akten Sperre handelt es sich um einen in neuerer Zeit einzigartigen Zensurakt, der aus der Zeit der dem Finanzplatz hörigen Bundesräte Villiger und Merz stammt. Umso bedenklicher ist es, dass die heute zuständige Bundesrätin Widmer-Schlumpf, der diese Hörigkeit nicht nachgesagt werden kann, sich bis heute nicht entschlossen konnte, diesen antidemokratischen Zensurakt aufzuheben.

Man kann und muss sich fragen, weshalb sich ausgerechnet führende Kreise der Schweiz dermassen mit dem rassistischen Apartheidregime identifizierten und damit die Schaffung demokratischer Verhältnisse in Südafrika sabotierten. Warum war die Pro-Apartheid-Lobby in der Schweiz, unter ihrem Präsidenten Blocher, so stark?

Für die Zukunft der schweizerischen Demokratie ist es wichtig, dass sich die Schweiz unvoreingenommen mit diesen Fragen auseinandersetzt. Der Widerstand gegen die Aktenöffnung im Fall Südafrika erinnert an den



Apartheid-Gegner demonstrieren am 17. November 1988 in Bern gegen die Zusammenarbeit der Schweizerischen Bankgesellschaft SBG (heute UBS) mit dem Apartheidregime.

schwierigen Umgang der offiziellen Schweiz mit der Aufarbeitung der antisemitischen Flüchtlingspolitik während der Nazi-Zeit.

Im Zusammenhang mit dem kürzlichen Tod von Nelson Mandela ist in der Schweiz gerne an die Versöhnung erinnert worden, um die sich Nelson Mandela unschätzbare und weltweit wegweisende Verdienste erworben hat. Verdrängt und vergessen wurde dabei, dass eine erfolgreiche Versöhnung die Aufklärung der Wahrheit voraussetzt. Die «Truth-Commission» (Wahrheitskommission) war in Südafrika eine entscheidende Voraussetzung für den Neuanfang nach der Überwindung der

Apartheid. In der Schweiz sind wir von dieser Aufklärung der Wahrheit im Umgang mit dem Apartheidregime leider noch immer weit entfernt. Das wirft ein bedenkliches Licht auf das demokratische Verständnis der verantwortlichen Behörden.



**Paul Rechsteiner**  
Ständerat SG

## INTERPELLATION IM NATIONALRAT

Anlässlich des Todes von Nelson Mandela hat der Bundesrat Südafrika und Mandelas Familie sein Beileid ausgesprochen. In ihrer Interpellation vom 11. Dezember 2013 fordert Jacqueline Fehr, nicht nur zu kondolieren, sondern Verantwortung zu übernehmen. Die Betroffenheitsbekundung des Bundesrats steht in auffälligem Kontrast zur Weigerung der Schweizer Regierung, die Archive mit Akten über das Verhältnis der Schweiz zu Südafrika während des Apartheid-Regimes zu öffnen. Der Bundes-

rat hat 2003 für Akten, die Banken-, Kapital- und Rüstungsbeziehungen der Schweiz zum Apartheid-Regime in Südafrika betreffen, eine Einsichtssperre verfügt. Diese Sperre hat er in seiner Antwort auf eine Interpellation von Paul Rechsteiner im November 2013 bestätigt. Fehr fordert, dass diese Archivsperre aufgehoben wird und die Schweiz ihre militärische, rüstungstechnische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung der Apartheid anerkennt und bedauert.

Thomas Hodel



Friedliche Sportveranstaltungen im Kanton Bern sind die Regel: Hier mit Fans des FC Thun.

## NEIN zur Verschärfung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

**Am 9. Februar stimmen wir im Kanton Bern über eine rechtsstaatlich höchst bedenkliche, unverhältnismässige und nicht zielführende Gesetzesverschärfung ab.**

Der Besuch von Sportveranstaltungen ist populär. Über eine Million Zuschauer pro Jahr – Familien, Kinder, Jugendliche wie auch ältere Menschen – besuchen allein im Kanton Bern Eishockey- und Fussballspiele. Diese Spiele laufen mehrheitlich friedlich und in toller Atmosphäre ab.

Die vereinzelt Gewalteinbrüche im Umfeld von Sportveranstaltungen verurteilt die SP in aller Deutlichkeit. Die Vorfälle sind aber rückläufig. Die Politik hat mit dem seit 2010 bestehenden Konkordat repressive Massnahmen getroffen, die greifen. So konnten die Polizeikosten zwischen 2009 und 2012 im Kanton Bern halbiert werden. Die bestehenden Gesetze reichen, sie müssen nur konsequent angewendet werden.

### BREITES KOMITEE

Nirgendwo hat sich ein solch breites, überparteiliches Komitee aus Kultur, Sport und Politik gegen das Konkordat formiert wie im Sport-Kanton Bern. Neben PolitikerInnen gehören diesem auch zahlreiche Kulturschaffende an. Ausserdem haben sich alle sieben Berner Topsportclubs gegen die Verschärfung ausgesprochen.

[www.KonkordatNein.ch](http://www.KonkordatNein.ch)

### Bedenkliche Massnahmen treffen alle

Statt die wenigen Täter zu belangen, werden nun alle Sportzuschauer von Massnahmen betroffen und unter Generalverdacht gestellt. Macht es Sinn, wegen einiger weniger Störfriede mit einem Alkoholverbot allen Zuschauern (ausser in den VIP-Logen!) das Bier zur Wurst zu verbieten? Ist es nicht heikel, dass private Sicherheitsdienste unbescholtene Personen und Kinder ohne konkreten Verdacht auch im Intimbereich abtasten dürfen? Das ist selbst der Polizei nicht erlaubt und bedeutet eine gefährliche Aufweichung des Gewaltmonopols. Soll der Staat vorschreiben, wer mit welchem Transportmittel an ein Spiel anreisen muss?

Diese unverhältnismässige Law-and-order-Vorlage gefährdet den erfolgreichen «Berner Weg», der neben Repression auch zielgerichtete Prävention, Kooperation und den Dialog aller Akteure wie Fanclubs, Fanarbeit, Club und Sicherheitsdienste miteinbezieht. Sie wird sowohl Probleme als auch Sicherheitskosten erhöhen. Deshalb müssen nicht nur alle Sportbegeisterten am 9. Februar ein überzeugtes Nein in die Urne legen. Es ist höchste Zeit, die Notbremse zu ziehen und den populistischen Scharfmachern die Rote Karte zu zeigen!

Lukas Meier, YB-Fanarbeiter und SP-Stadtrat, Bern

## TSCHOU

### 2014 – die linke Wende als Ziel

Bevor im laufenden Jahr die Legislatur des Grossen Rats zu Ende geht, kann ich bereits Bilanz ziehen: Die vier Jahre seit den missratenen Wahlen 2010 sind für viele BernerInnen verlorene Jahre. BDP, FDP,



SVP und GLP haben gemeinsam den Abbau im Sozialen und in der Bildung durchgesetzt. Gekürzt wird in der Sozialhilfe, bei den Krankenkassenprämien-Verbilligungen, der Spitex, in den Heimen und in der

Psychiatrie. Der Abbau trifft auch die Bildung stark: grössere Schulklassen, weniger Brückenangebote und Verschlechterungen bei den Mittelschulen und im Hochschulbereich. Aber das reicht den Bürgerlichen nicht. Bereits fordern sie weiter gehende Kürzungsmassnahmen und weitere Steuer-senkungen. Während sich die SP mit ihrer Grossrats-Wahlkampagne für die breite Bevölkerung einsetzt, folgen die Bürgerlichen ihrem Tea-Party-Motto «Dem Staat das Geld wegnehmen» (Zitat Berner Zeitung). Für diese Haltung war typisch, dass BDP, SVP und FDP letzten November gemeinsam die Erhöhung der eigenen Grossratslöhne durchgesetzt und gleichzeitig massive Kürzungen bei den Schwächeren beschlossen haben.

Am 30. März wählen BernerInnen zwischen einem starken Kanton für alle und einem Kanton unter dem Motto «Dem Staat das Geld wegnehmen». Gelingt es uns in den kommenden Wahlen die Sitzzahl der Linken im Grossen Rat zu erhöhen, lässt sich ein weiterer Abbau auf Kosten der breiten Bevölkerung und der Zukunft des Kantons verhindern. Gute Argumente für eine Wende im Kanton Bern haben wir. Aber sie nützen nur, wenn wir sie zu den Menschen bringen. Das gelingt nicht über die bürgerlichen Tageszeitungen, sondern auf der Strasse bei den Leuten! Die Bereitschaft von jeder und jedem Einzelnen, für die Wende am 30. März zu kämpfen, entscheidet darüber, wie erfolgreich wir für einen starken und sozialen Kanton Bern eintreten können.

Roland Näf,  
Parteipräsident SP Kanton Bern

## ATOMMÜLLENTSORGUNG

# Experten können irren

**Die Gemeinde Däniken liegt auf einer Grundwasserzone. Der geologische Untergrund in dieser Gegend ist also nicht geeignet für ein Atommülllager. Trotzdem planen das Bundesamt für Energie (BFE) und die Nagra nun gut 6 Kilometer von Aarau entfernt in Däniken einen Eingangsstollen für ein solches (noch gar nicht beschlossenes) Lager für schwach- und mittelradioaktiven Abfall. Der Geologe und Entsorgungsspezialist Marcos Buser übt Kritik an dieser Planung.**

Zuerst beschloss die Regionalkonferenz Plattform Jura-Südfuss am 27. April 2013, dass Däniken als Standort für einen Lagereingang in der Region am wenigsten schlecht sei. Seither scheinen BFE und Nagra auch Däniken als Eingang für ein Atomendlager zu evaluieren. An einer Veranstaltung von BFE und Nagra vom 7. November 2013, zu der auch Interessierte im Bereich der AKW-Thematik eingeladen waren (siehe den Bericht von Eva Schaffner auf Seite 11), referierte Marcos Buser auf Einladung von KAAZ! zur Atommüllentsorgung im allgemeinen und zum geplanten Loch in Däniken im besonderen. links.ag stellte Marcos Buser Fragen zu seiner Person und zum Oberflächensstandort Däniken.

**links.ag: Marcos Buser, wie waren oder sind Sie bei der Suche nach Lösungen für die Verwahrung nuklearer Abfälle in der Schweiz beteiligt? Warum sind Sie im August 2012 aus der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) ausgetreten?**

Bei der konzeptuellen Planung des Sachplans wurde ich nicht beigezogen und konnte meine Meinung offiziell erst als Mitglied der neu geschaffenen Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) vertreten, zu einem Zeitpunkt also, als das Konzept bereits offiziell vom Bundesrat abgesegnet war. Damit wurde ein Einwirken auf konzeptuelle Schwachstellen im Sachplanverfahren sehr viel schwieriger. Als sich im Laufe der Jahre trotz offensichtlicher Schwachstellen im Verfahren kaum Korrekturen erzielen liessen und ich noch auf Unregelmässigkeiten im Verfahren stiess, war für mich klar: Ich arbeite nicht auf diese Art und Weise, und trat konsequenterweise aus der KNS zurück. Ein Verfahren mit solch grossen Risiken muss zwingend in einem offenen wissenschaftlich und technisch belastbaren Prozess geführt werden. Es darf zu keinem nuklearen Kölliken kommen.

## Kostenoptimierte Sicherheit ?

Vor einem Jahr meinte der Genfer Geologieprofessor Walter Wildi zur Frage der möglichst sicheren Endlager: «Wissenschaftliche Redlichkeit schliesst die Möglichkeit künftiger Fortschritte, aber auch die Möglichkeit ein, dass

sich die Wissenschaft täuschen kann. Es ist deshalb wichtig, dass ein Projekt mit grossen möglichen Folgen für Menschen und Umwelt die Anpassung an neue Erkenntnisse vorsieht. Die im Kernenergiegesetz geforderte «dauernde sichere Entsorgung» ist diesbezüglich eine grosse Herausforderung.» Ist eine sichere oder möglichst sichere Entsorgung möglich? Der Film von Edgar Hagen «Reise zum sichersten Ort der Erde» zeigt ja, dass es die nicht einmal in der Wüste Gobi gibt. Wird Sicherheit in der Schweiz de facto wirklich angestrebt? Was haben die Regionalkonferenzen dazu zu sagen?

Ich glaube schon, dass im Grundsatz der Wille da ist, sichere Lösungen anzubieten. Das Problem ist aber ein anderes: Der Weg zur sogenannten sicheren Lösung ist schon vorprogrammiert und wird in starkem Ausmass durch Kostenüberlegungen gesteuert. Nicht die Sicherheit steht dabei im Vordergrund, sondern die kostenoptimierte Sicherheit. Abweichungen vom heute definierten Konzept und Verbesserungen in Richtung eines offenen sicherheitsgerichteten Prozesses sind daher nicht willkommen. Die Prozessführer halten unbeirrt an dem einmal definierten Konzept fest. Gerade solch heikle Planungen verlangen



© Johannes Rüesch

Der Geologe und Nuklearspezialist Marcos Buser führt das Institut für nachhaltige Abfallwirtschaft INA GmbH in Zürich.

aber nach Flexibilität und auch nach Korrekturen, wenn erkannt wird, dass Fehler oder Fehleinschätzungen vorliegen. Kommt hinzu, dass nicht nur Expertenmeinungen in den Prozess einfließen dürfen. Die Vergangenheit mit Risikoanlagen hat gezeigt, dass Experten sich sehr häufig getäuscht haben und die sogenannten Laien den unverstellteren Blick auf die Probleme hatten. Es ist daher notwendig, die betroffene Bevölkerung an den Entscheiden mit zu beteiligen. Schliesslich muss eine Bevölkerung ein Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle (SMA) über 100 000 Jahre übernehmen. Darum plädiere ich dafür, dass die regionalen Anliegen auch bei Sach- und Sicherheitsfragen berücksichtigt werden. Heute ist eine solche Mitbeteiligung bei Entscheiden aber nicht gewährleistet.

#### Warum ein Stolleneingang in Däniken?

Noch im Herbst 2012 hiess es, ein Atomendlager in der Region Aarau-Lenzburg-Olten komme wegen der Geologie in dieser Zone nicht in Betracht. Warum will die Nagra nun doch einen Stolleneingang in Däniken planen? Ist dies vernünftig, bevor man weiss, ob hier die Voraussetzungen für ein sicheres Endlager gegeben sind? Warum eine Rampe? Was kosten solche Nagra-Planungen?

Offiziell haben die Prozessführer sechs Gebiete vorselektioniert, und darunter war auch der Jura-Südfuss für ein SMA-Lager. Dass es einen Eingang in ein Tiefenlager braucht, ist nicht zu vermeiden. Aber logischerweise wäre es klüger gewesen, zuerst die Eignung des Untergrunds abzuklären und erst danach die Zugänge und die Eingangspforte festzulegen. Ich halte nichts von Rampen für ein radioaktives Tiefenlager: Rampen verletzen den Untergrund so stark, dass ich einen dauerhaft sicheren Verschluss mit heutiger Technologie nicht für möglich halte. Wir müssen aber ausschliessen können, dass Wasser ins tiefe Lager eindringt. Daher braucht es andere Lagerauslegungs- und Zugangskonzepte. Wir dürfen dem Gestein nur möglichst kleine Wunden zufügen, die sich auch wieder verschliessen lassen, und die den Gesteinsverbund nicht unnötigerweise verletzen. Wir müssen also auf eine Art wie ein moderner Chirurg arbeiten. Das wird aber kosten. Und das verteuert wiederum die Atomenergie. Und das liegt den Betreibern der Atomanlagen begreiflicherweise auf dem Magen und vor allem auf dem Portemonnaie. Aber die radioaktiven Abfälle sind zu gefährlich, wir dürfen bei der Sicherheit nicht sparen. Die Kosten der Entsorgung wurden bisher massiv unterschätzt, das wird jetzt bei der konkreten Umsetzung der Programme immer sichtbarer.

### Nicht die Sicherheit steht im Vordergrund, sondern die kostenoptimierte Sicherheit.

Sie plädierten am 7. November 2013 in Däniken gegen ein «nukleares Kölliken». Wie sieht die Langzeitprognose für ein Tiefenlager im Raum Aarau-Olten aus? Von welchen Zeiträumen sprechen wir da? Welche geologischen Realitäten in diesem Raum gilt es zu berücksichtigen?

Wir müssen den Realitäten in die Augen schauen und uns bewusst sein, dass Projekte mit Laufdauer von 1 Million Jahren beziehungsweise von 100 000 Jahren unsere Fähigkeiten als Ingenieure oder Geologen übersteigen. Wir sollten daher vorsichtig sein und gegenüber der Grösse der Aufgabe bescheiden auftreten. Wir kommen bei solchen Projekten an eine Grenze, wo wir ehrlicherweise zugeben müssen, dass wir nicht wissen, ob wir das ehrgeizige Ziel erreichen werden. Heute jedenfalls haben wir keine Gewissheit, dass wir mit dem eingeschlagenen Weg eine Sicherheit über derartige Zeiträume gewährleisten können. Die grösste Herausforderung dürfte vermutlich das Verschliessen der Wunde sein, die wir dem Gestein beim Auffahren des Tiefenlagers zufügen.

#### Demokratische Planungsverfahren?

Was kritisieren Sie an den heute üblichen Planungsverfahren? Wie weit soll, kann und wird die betroffene Bevölkerung einbezogen? Der Däniker Gemeindepräsident Gery Meier (FDP) teilte im April 2013 der Öffentlichkeit mit: «In Dä-

niken wird es keine Oberflächenanlage geben und im Jurasüdfuss auch kein Tiefenlager.» Dies auch wegen des Grundwassers, das geschützt werden müsse. Warum dann diese neuen Spiele von Nagra und BFE in Däniken?

Wie die auf Freiwilligkeit beruhenden Verfahren im Ausland zeigen, ist Partizipation bei atomaren Abfällen ein Muss. Partizipation heisst Teilnehmen und Mitbestimmen, Konsultation nur Anhören. So wie das heutige Verfahren in der Schweiz geführt wird, ist es eine Konsultation. Kommt hinzu, dass die direkt Betroffenen nichts zur Sicherheit zu sagen haben. Als ob Wissenschaftler und Experten allein über die Sicherheit entscheiden könnten. Die Salzmine von Lyons in Kansas, das Projekt Yucca Mountain in Nevada, die Salzminen Asse und Morsleben in der BRD, das Bergwerk Felsenau bei Leibstadt, die Salzmine Stocamine bei Mulhouse für den Sonderabfall, dann Sondermülldeponien wie Bonfol oder Kölliken und ein Rattenschwanz anderer Beispiele: Bei all diesen Fällen haben sich die Wissenschaft-

ler und Experten geirrt. Darum müssen Planungsverfahren mit derartigen Risiken und Laufzeiten auch angepasst und korrigiert werden können, wenn Schwachstellen und Fehler erkennbar sind. Beim Sachplanverfahren hat es unverhältnismässig viel Aufwand gekostet, Änderungen durchzusetzen, zum Beispiel die ergänzende 2D-Seismik auszuführen. Gleichzeitig wird hinter verschlossener Tür die Selektion der Standortgebiete bereits vorbereitet: es ist ein offenes Geheimnis, dass Jurasüdfuss und Wellenberg als Abschusskandidaten gehandelt werden. Dies untergräbt das Verfahren und schwächt es zusätzlich.

#### Was können wir als mündige Bürgerinnen und Bürger tun?

Was kritisieren Sie am Sachplanverfahren? Was muss geändert werden (Strukturen, Personen, Zeitplan)? Was können wir als mündige BürgerInnen tun?

Wir müssen das Problem der radioaktiven Abfälle anpacken und lösen. Dafür ist das Sachplanverfahren grundsätzlich ein taugliches Instrument. Aber nur, solange es nicht zu einem Politikspiel verkommt. Wir müssten Sicherheiten für die künftigen Generationen und die Umwelt gewährleisten können, die unser Vorstellungsvermögen meistens übersteigen. Ich empfehle einen Besuch im Museum Allerheiligen in Schaffhausen und der «Ausstellung Endlager und Langzeit»: Es gibt dort eine Wand, auf der Tausende von kleinen Homines sapientes aufgestellt sind. Eine Generation hinter der anderen. Bei solchen Darstellungen wird der einengende Kontext der Sprache durchbrochen, und es wird grafisch sichtbar, vor welchen ungeheuren Herausforderungen wir stehen. Daher plädiere ich für ein offenes System, bei dem mit hinreichend Zeit und unter Beizug der besten Leute nach Lösungen gesucht wird. Die heutigen Strukturen in der Schweiz sind gegenüber diesen Herausforderungen schlecht aufgestellt. Das Bundesamt für Energie etwa, das den Prozess leitet, ist kompetenzmässig besonders schwach auf den Beinen. Es reicht nicht, die Leitung eines Prozesses an Leute mit gutem Willen zu delegieren. Es muss auch sichergestellt werden, dass diese Strukturen fähig sind, ihre Aufgabe zu erfüllen. Ein klassisches Problem der Qualitätssicherung. Als mündige Bürger können Sie sich zum Beispiel dafür einsetzen, dass ein solches System der Qualitätssicherung tatsächlich umgesetzt wird. Das heisst, dass fähige Strukturen installiert und im Falle von Versagen ausgetauscht werden. Vor allem aber sollte sich eine Region das Recht sichern, an den Entscheiden über ein Tiefenlager in der eigenen Region beteiligt zu werden, wie dies in vielen ausländischen Projekten wie in Schweden oder Kanada der Fall ist.

LEGISLATURPLAN 2013–2017

# Sozial- und bildungspolitische Korrekturen

Die SP-Kantonsratsfraktion hat vier Vorstösse eingereicht, um den im Oktober vom Regierungsrat verabschiedeten Legislaturplan 2013–2017 mitzugestalten.

Der Legislaturplan ist das oberste politische Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates. Darin legt er seine politischen Schwerpunkte für die laufende Legislatur fest. Der Kantonsrat nimmt den regierungsrätlichen Legislaturplan formell zwar nur zur Kenntnis. Mit dem Instrument des Planungsbeschlusses kann das Parlament jedoch auf den Legislaturplan Einfluss nehmen und den Regierungsrat beauftragen, bei der Erfüllung einer Staatsaufgabe in eine bestimmte Richtung zu gehen.

Auch die SP-Fraktion ist bestrebt, mittels Planungsbeschlüssen die politische Schwerpunktsetzung des Regierungsrats zu beeinflussen. Dafür hat sie vier Planungsbeschlüsse eingereicht, über die anfangs 2014 im Ratsplenium entschieden wird.

## Bildungs- und sozialpolitische Forderungen

Im Bildungsbereich verlangt die SP vom Regierungsrat eine Strategie zur Sicherung des dualen Bildungssystems. Dabei soll insbeson-

dere der Einstieg aus den verschiedenen Sek-I-Stufen in die Berufsbildung gefördert werden. Zur Freude der SP-Fraktion beantragt die Regierung dem Kantonsrat, diesen Planungsbeschluss für erheblich zu erklären. Im Sozialbereich fordern wir vom Regierungsrat, das Modell der Prämienverbilligung so auszugestalten, dass die Prämienlast für alle Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen reduziert wird. Dabei soll sich die Aufmerksamkeit insbesondere auf die Prämien von Alleinstehenden mit kleinem Einkommen richten, die heute nur ungenügend verbilligt werden. Ferner soll der Regierungsrat eine Anhebung der Steuerfreigrenze für kleine Einkommen prüfen, weil die Steuerbelastung im Kanton Solothurn für Wenigverdienende überdurchschnittlich hoch

ist. Und schliesslich fordert die SP vom Regierungsrat, die Familienzulagen zu erhöhen. Die angespannte finanzielle Lage des Kantons

**Die angespannte finanzielle Lage darf nicht dazu führen, dass die soziale Frage aus der politischen Diskussion ausgeklammert wird.**

darf nicht dazu führen, dass die soziale Frage aus der politischen Diskussion ausgeklammert wird.

Anna Rüefli, Solothurn  
Kantonsrätin und Fraktionsvizepräsidentin  
anna.ruefli@gmx.ch



## Zurück zur «Winterhilfe»?

Im letzten Jahr gab der sogenannte Fall «Berikon» im Bereich der Sozialhilfe viel zu diskutieren. Zur Erinnerung: Ein arbeitsloser, arbeitsfähiger junger Sozialhilfebezüger verweigerte die Arbeitsaufnahme, worauf ihm die zuständige Sozialbehörde die Unterstützung strich. Das Bundesgericht hob den Entscheid auf. Es hagelte Proteste. Die Diskussionen in der Presse warfen hohe Wellen. Was dabei unterging: Das Bundesgericht hatte den Entscheid nur aus formellen Gründen aufgehoben, weil nämlich das rechtliche Gehör nicht richtig gewährt worden war. Etwas, das bei einem derart starken Eingriff in die Existenz in unserem Rechtssystem zwingend ist. Gleichzeitig hatte es zu Recht aber auch festgehalten, dass eine Kürzung möglich sei. Landauf und landab sprissen nun Vorstösse aus den politi-

schen Schatullen, die entweder den Austritt aus der SKOS, der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Sozialhilfe, fordern oder Kantone und Gemeinden dazu bewegen wollen, die Richtlinien nicht anzuwenden. Aus der Debatte um einen Einzelfall ist eine ideologische Debatte über die Notwendigkeit und die Höhe der Unterstützung für SozialhilfebezügerInnen geworden – leider. Es kommt denn auch nie gut, wenn man aus Einzelfällen allgemeingültige Regelungen ableiten will. Die SKOS-Richtlinien sind eine sozialpolitische Errungenschaft, entstanden aus der Praxis der Gemeinden und Kantone. Wenn wir die politischen Kräfteverhältnisse in der Schweiz anschauen, dann kann ja wohl niemand behaupten, dass diese ein allein «linkes» Projekt seien. Sie gewährleisten in der Schweiz eine gleichmässige Rechtsanwendung, die insbeson-

dere den Sozialtourismus vermeidet, wobei die Kantone eigenständig entscheiden können, in welchem Umfang sie diese anwenden wollen. Die Richtlinien sind im Laufe der Zeit auch immer wieder überarbeitet worden, um der Dynamik der Entwicklung gerecht zu werden. Im Kanton Solothurn sind diese zwar verbindlich, die Regierung kann aber sinnvolle Abweichungen beschliessen. Das will sie auch tun, beispielsweise um den Anreiz für Jugendliche zu erhalten, eine Ausbildung zu beenden, und stärkere Kürzungen vornehmen zu können, wo Arbeit zu Unrecht verweigert wird. Politisch wäre nicht die Verabschiedung von den SKOS-Richtlinien notwendig, sondern die Verankerung der wichtigsten Unterstützungsgrundsätze in einem gesamtschweizerischen Kontext.

Es will doch niemand ernsthaft zurück zur «Winterhilfe» oder ins sozialpolitische Niemandsland. Dabei müsste man das Heil nicht beim Bund suchen, wie dies mit einem Bundesrahmengesetz zur Sozialhilfe angestrengt wird. Die Kantone könnten das auch in einem Konkordat tun, um den föderalen Strukturen gerecht zu werden.

Peter Gomm, Regierungsrat  
peter.gomm@ddi.so.ch

MEIN  
STAND  
PUNKT



# Einfacher, gerechter, günstiger

Gleiche Leistungen für alle – das ist das Prinzip der obligatorischen Krankenversicherung. Doch statt diesen Grundsatz schlank und einfach umzusetzen, konkurrenzieren sich heute über 60 Krankenkassen mit über 300 000 Versicherungsprodukten. Deshalb hat die SP die Initiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» eingereicht, über die voraussichtlich im September abgestimmt wird.

Das heutige System der privaten Krankenkassen führt zu Risikoselektion, ungleicher Behandlung und hohen Kosten.

**Risikoselektion:** Jede Krankenkasse versucht, möglichst wenig Kranke zu haben. Statt sich also um die Kranken zu kümmern, werden sie vertrieben. Das trifft besonders Menschen über 50. Wer ab diesem Alter die Kasse wechseln will, erlebt Sonderliches. Keine Antwort auf Offertegesuche, seltsame Fragen am Telefon und ähnliches.

**Ungleiche Behandlung:** Während die eine Kasse eine Therapie bezahlt, lehnt eine andere dieselbe Leistung ab. Besonders chronisch kranke Menschen können ein trauriges Lied von dieser Ungleichbehandlung singen. Eine Studie der Krebsliga zeigt die Details. Ärztinnen und Ärzte wenden heute einen Drittel ihrer Arbeitszeit für Bürokratie mit den Kassen auf, darunter vor allem viel Zeit für Kostengutsprachen. Gleiches gilt für Physiotherapeuten und weitere Gesundheitsberufe. Gewisse Kassen lehnen Gesuche um Kostengutsprachen systematisch ab und warten darauf, dass sie ein zweites oder drittes Mal gestellt werden. Nur wer sich zu wehren weiss, kommt zu seinem Recht.

**Hohe Kosten:** Je komplizierter, desto teurer. Was wir heute haben, ist nicht Wettbewerb, sondern Chaos. Kaum jemand weiss, wie er oder sie versichert ist. Kaum jemand weiss, welche Leistungen vergütet werden und für welche eine Zusatzversicherung nötig ist. Nicht wir wählen die Versicherung, sondern die Versicherung wählt uns. Was sollen die



Schluss mit dem Versicherungsdschungel!

300 000 Versicherungsprodukte? Wer zieht hier wen über den Tisch? Wir verschleudern Geld für Werbung, Administration und Mehrfachstrukturen.

Dabei ist uns allen bewusst: Was immer komplizierter wird, wird auch immer teurer. Und das ist wiederum ganz im Sinne der grossen Krankversicherer. Denn lassen wir uns nicht täuschen: Private Unternehmen sind nie an Mengenbeschränkungen interessiert, auch nicht die privaten Krankenkassen. Nicht umsonst gehört die Krankenkassenbranche zu den Branchen mit der stärksten Lobbyvernetzung im Parlament. Und so sind jene, die sich

in unserem Auftrag für bessere Qualität zu bezahlbaren Preisen einsetzen sollten, dieselben, die vom wachsenden Gesundheitsmarkt direkt profitieren. Kein Wunder, steigen die Kosten unkontrolliert!

Das Krankenversicherungsgesetz ist ein Sozialversicherungsgesetz. Deshalb muss auch die Durchführung der privaten Versicherungs-

Ärztinnen und Ärzte unterstützen  
die öffentliche Krankenkasse:  
[www.oeffentliche-krankenkasse.ch/aerztekomitee](http://www.oeffentliche-krankenkasse.ch/aerztekomitee)

## STUDIE

Eine soziale Krankenversicherung mit 61 Krankenkassen, deren Wettbewerb in erster Linie auf die Jagd nach guten Risiken ausgerichtet ist – macht das Sinn? Dieses aus einem typisch schweizerischen Kompromiss heraus geborene Modell wird von der Gesundheitsökonomin und Publizistin Anna Sax dem Modell einer öffentlichen Krankenkasse gegenübergestellt.

Die Ideologie des Wettbewerbs als Garant für Qualität und Effizienz prägt noch immer die gesundheitspolitische Diskussion. Für die Durchführung der sozialen Krankenversicherung ist jedoch eine Einheitskasse nach dem Modell einer öffentlichen Krankenkasse besser geeignet. Sie fördert Koordination und Prävention und setzt der schädlichen Risikoselektion ein Ende.

In diesem Buch werden diese und weitere Wirkungen einer öffentlichen Krankenkasse untersucht. Gefragt wird nach den Kostenfolgen, den Auswirkungen auf die Versorgungsqualität und auf die Wirtschaft. Der Wettbewerb als Patentrezept für das Gesundheitswesen und insbesondere die soziale Krankenversicherung wird in einem eigenen Kapitel hinterfragt.

Die Ergebnisse sprechen für eine öffentliche Krankenkasse: Kurzfristig könnten 300 bis 400 Millionen an Marketing- und Wechselkosten eingespart werden. Langfristig entsteht durch die Umstellung ein Anreiz für eine bessere Betreuung der chronisch Kranken.

Anna Sax: **Einheitskasse – warum nicht?**

Weitere Informationen und Bestellung: [www.sggp.ch](http://www.sggp.ch)

logik entzogen werden. Es braucht eine öffentliche Krankenkasse, die das leistet, was die SUVA bei der Unfallversicherung leistet: eine einfache Administration für eine innovative und wirksame Leistung, auf die alle Anspruch haben. Ein Ja zur öffentlichen Krankenkasse ist ein Ja zu einer «Schweizerischen Krankenkasse». Es ist ein Ja zu einem einfacheren und gerechteren System. Es ist ein Ja zu kurz- und längerfristig tieferen Kosten. Und es ist ein Ja zu einer Krankenkasse, die den Versicherten dient und nicht ihren Lobbyisten.



Jacqueline Fehr  
Nationalrätin ZH  
und Vizepräsidentin SP Schweiz

# Das bringt uns das neue Jahr

Noch ist nicht Wahljahr, doch auch 2014 stehen uns wichtige Weichenstellungen bevor. Bedeutende Abstimmungskämpfe gilt es zu gewinnen und in einer Reihe heisser Debatten zu überzeugen – zu umstrittenen Themen wie der Altersvorsorge, dem Bankgeheimnis oder dem Verhältnis der Schweiz zur EU. Nachfolgend eine Übersicht zu den wichtigsten Themen des Jahres.

## Abstimmungen

Neben den drei Abstimmungsvorlagen im Februar erwartet uns dieses Jahr eine Reihe weiterer wichtiger Urnengänge. Hier ein kurzer Überblick zu den wichtigsten Vorlagen:

Im Mai stehen die **Mindestlohninitiative** und das **Gripen-Referendum** an. Erstere will einen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde für alle Arbeitnehmenden festlegen, damit alle anständig von ihrem Lohn leben können. Mit dem Gripen-Referendum soll der unsinnige Kauf von milliardenteuren, unsinnigen Kampfjets verhindert werden.



Voraussichtlich im September oder im November erwartet uns der wichtigste Abstimmungskampf dieses Jahres – jener zur **öffentlichen Krankenkasse**. Sie will, dass die über 60 privaten Krankenkassen durch eine öffentliche Kasse ersetzt werden (siehe S.13). Ebenfalls noch in diesem Jahr könnte die Abstimmung zur **Abschaffung der Pauschalbesteuerung** stattfinden. Damit soll die ungerechte Pauschalbesteuerung von vermögenden Ausländerinnen und Ausländern abgeschafft werden, die stattdessen ihr effektives Einkommen und Vermögen versteuern sollen – wie alle anderen auch.



## Personenfreizügigkeit/Migration

Kaum wird die Abschottungsinitiative hoffentlich Schiffbruch erlitten haben, geht es weiter mit dem Thema Einwanderung. Im Parlament und später vermutlich auch an der Urne wird die **Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien** zu reden geben. Die SP hat bereits angekündigt, dass sie diese nur unterstützen wird, wenn die flankierenden Massnahmen ausgeweitet werden. Die **Ecopop-Initiative** will die Einwanderung beschränken, unter dem fadenscheinigen Deckmäntelchen des Umweltschutzes. Diese dürfte aber erst 2015 zur Abstimmung kommen.



## Unternehmenssteuerreform III

Milliardenverluste und Sparpakete waren die Folgen der letzten Reform der Unternehmensbesteuerung (USR II). Die jüngsten Budgetdebatten sind noch in ungueter Erinnerung und die Folgen spüren wir bis heute. Die SP wird neuerliche Steuergeschenke für Unternehmen zu Lasten der normalen Steuerzahlenden mit aller Kraft bekämpfen. Eine Schliessung der bestehenden Steuerschlupflöcher ist Bedingung, damit die SP auf eine USR III eintritt. Die Reform darf nicht zu einer erneuten Umverteilung der Lasten von oben nach unten führen.



## Altersvorsorge 2020

Wie stellen wir sicher, dass in einer älter werdenden Gesellschaft alle die Gewissheit haben können, dereinst eine genügende Altersrente zu erhalten? Diese knifflige Frage versucht der Bundesrat mit der Altersvorsorge 2020 zu lösen. Die komplexe Reform bezieht die erste und die zweite Säule der Altersvorsorge ein mit dem Ziel, die gesamte Altersvorsorge für die nächsten Jahrzehnte zu sichern. Im Rahmen der laufenden Vernehmlassung setzt sich die SP dafür ein, das Rentenniveau zu erhalten und die AHV gegenüber der beruflichen Vorsorge (BVG) zu stärken.



## Energiestrategie 2050

Mit dem Atomausstieg und der verstärkten finanziellen Förderung erneuerbarer Energien (auch als Antwort auf die Cleantech-Initiative der SP) hat der Bundesrat starke Zeichen gesetzt. Die Energiestrategie 2050, die in diesem Jahr ins Parlament kommt, soll die Rahmenbedingungen für die Energiewende regeln und verfolgt zwei Ziele: Umstellung auf erneuerbare Energien und Senkung des Energieverbrauchs. Die SP begrüsst die Energiestrategie im Grundsatz, stellt sich jedoch auf Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Atom-Nostalgikern ein.

# Der Papierflieger landet an der Urne

**Das Referendum steht: Das Komitee «Nein zu den Kampfjet-Milliarden», dem auch die SP angehört, hat zusammen mit dem liberalen Komitee 100 000 Unterschriften eingereicht. Bereits am 18. Mai stimmen wir über die Gripen-Milliarden ab.**

Über drei Milliarden Franken kostet allein der Kauf der 22 Kampfflugzeuge. Jährlich wiederkehrende Unterhalts- und Betriebskosten lassen die Rechnung noch gesalzener werden: Alles in allem würde der Gripen mit unglaublichen zehn Milliarden Franken zu Buche schlagen. Ein stolzer Preis für ein Flugzeug, das erst noch entwickelt werden muss. Denn Saab will uns einen Jet verkaufen, der noch keine Minute geflogen ist. Das Risiko tragen die Schweizer Steuerzahlenden.

Kantone und Gemeinden schnüren fleissig Sparpakete. Schulen, Behinderte, Spitex – überall wird munter gekürzt. Gleichzeitig die ungeheure Summe von zehn Milliarden Franken für Kampfjets auszugeben, ist nicht «nur» eine Verschleuderung von Steuergeldern, sondern ein Affront gegenüber den Betroffenen. Die Anschaffung ist aber nicht nur finanzpolitisch unverantwortlich, sondern auch sicherheitspolitisch unnötig. Die Luftwaffe kann ihren Auftrag – die Verteidigung des Schweizer Luftraums – mit den erst kürzlich teuer aufgerüsteten F/A-18-Jets problemlos erfüllen.

Die SP sieht sich durch den grossen Rücklauf und die unzähligen positiven Rückmeldungen während der Unterschriftensammlung bestätigt und blickt dem Abstimmungskampf

**Alles in allem würde der unnötige Gripen die Steuerzahlenden unglaubliche zehn Milliarden Franken kosten.**

zuversichtlich entgegen. Dass die Gripen-Befürworter um Verteidigungsminister Ueli Maurer die Einmischung des schwedischen Gripen-Herstellers Saab akzeptieren, zeigt, wie gross die Nervosität im VBS ist. Denn eines ist klar: Millionenspenden von ausländischen Rüstungskonzernen haben in einem Schweizer Abstimmungskampf nichts verloren!

## BÜNDNIS

Laufend aktualisierte Informationen zur Kampagne findest du auf der Website [www.stop-gripen.ch](http://www.stop-gripen.ch).

flickr.com/nozomii, 123rf, nerek/photocase, ekosisov/Fotolia, Wrangler/Fotolia, Thau/Fotolia



## Bankgeheimnis und Finanzplatz

Manchmal ist die SP ihrer Zeit deutlich voraus, so auch mit der 1984 abgelehnten Bankeninitiative. Nun ist die Förderung von Steuerhinterziehung unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses mit dem Entscheid für den automatischen Informationsaustausch endgültig ein Auslaufmodell. Der Schweizer Finanzplatz muss aber auch 2014 weiter umgebaut werden. Insbesondere kämpft die SP dafür, die Risiken, welche die beiden Grossbanken für die Schweiz darstellen, zu minimieren. «Too big to fail» darf es in Zukunft nicht mehr geben.



## SP-Intern

2014 ist bei der SP auch das Jahr der internen Weiterbildung mit gleich zwei grossen Pilotprojekten. Im August wird erstmals die Sommeruni der SP Schweiz in Chandolin (VS) durchgeführt. Diese bietet unseren Mitgliedern die Gelegenheit, von einem reichhaltigen Weiterbildungsprogramm zu profitieren und mit Gleichgesinnten über Politik und Gesellschaft zu diskutieren. Ausserdem wird im Herbst eine FunktionärInnenbildung für Mitarbeitende der kantonalen Parteisekretariate durchgeführt.

Jonas Zürcher



Einreichung des Referendums bei der Bundeskanzlei: Die SP (im Bild: Beat Jans, Susanne Leutenegger Oberholzer, Evi Allemann, Pierre-Alain Fridez und Chantal Galladé) ist an vorderster Front dabei.

# Augenschein in Kosova

**Im Oktober letzten Jahres reiste eine SP-Delegation, bestehend aus sechs NationalrätInnen und fünf Begleitpersonen, nach Kosova. Die Reise in diesen jungen Staat, der nach wie vor unter vielfältigen Problemen leidet, führte vor Augen, wie wichtig auch in Zukunft das Engagement der Schweiz in Kosova ist.**

Die Reise nach Kosova wurde durch unseren Appenzeller Genossen Martin Pfister initiiert, der seit vielen Jahren private Kontakte zum Land pflegt. Dies ermöglichte eine vielfältige Reise mit privaten sowie offiziellen Kontakten und Besuchen. Beweggründe für unsere Reise waren, dass die Schweiz heute eine grosse Diaspora von KosovoalbanerInnen aufweist, eine aktive Rolle in der Friedenssicherung und im Aufbau ziviler Strukturen spielt, aber auch das ungelöste Problem mit dem Sozialversicherungsabkommen. Diese Themen wollten wir vor Ort vertiefen, uns direkt informieren und so das Land kennen lernen, aus dem so viele unserer MitbürgerInnen stammen. Begleitet wurden wir teilweise vom ehemaligen Schaffhauser Stadt- und Kantonsparlamentarier Osman Osmani, einem in der Diaspora aktiven Kosovaren.

Einen sehr guten Einblick ermöglichte uns der Besuch auf der Schweizer Botschaft in Prishtina, wo uns Botschafterin Kristina Marty und ihr Team sehr breit informierten. Sie beeindruckten uns mit ihrem breiten Tätigkeitsfeld und dem Herzblut, das sie für ihre Arbeit aufbringen (u.a. konsularische Tätigkeit für drei weitere Länder, Rückkehrabklärungen, politische Aufbauarbeit und Wirtschaftshilfe).

Die Botschaft organisierte für uns ein Treffen mit Parlamentsmitgliedern verschiedener Parteien, allerdings war keine Vertretung der Regierungspartei dabei. Im Gespräch kam nebst den unterschiedlichen Haltungen ihre gemeinsame Kritik an der Regierung zur Sprache. Nach wie vor herrscht grosse Korruption und Klientelwirtschaft, sehr viele staatliche Einrichtungen werden privatisiert. Und der Aufbau des Gesundheits- und Bildungswesens kommt nur schleppend voran. Als grosses Problem wurde von allen die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit benannt.

Zusätzlich traf sich eine Delegation mit VertreterInnen von Lëvizja VETËVENDOSJE! – einer linken Bewegung Kosovos. Ein Besuch der KFOR-Truppen im Norden des Landes war angesichts der Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes, über welche wir im Laufe dieses Jahres im Parlament entscheiden müssen, sehr wertvoll. Dieser friedenssichernde Einsatz und die Monitoringfunktion haben eine grosse Bedeutung für das Land, die Dienste der Schweiz sind anerkannt und die KFOR-Truppe im Norden steht

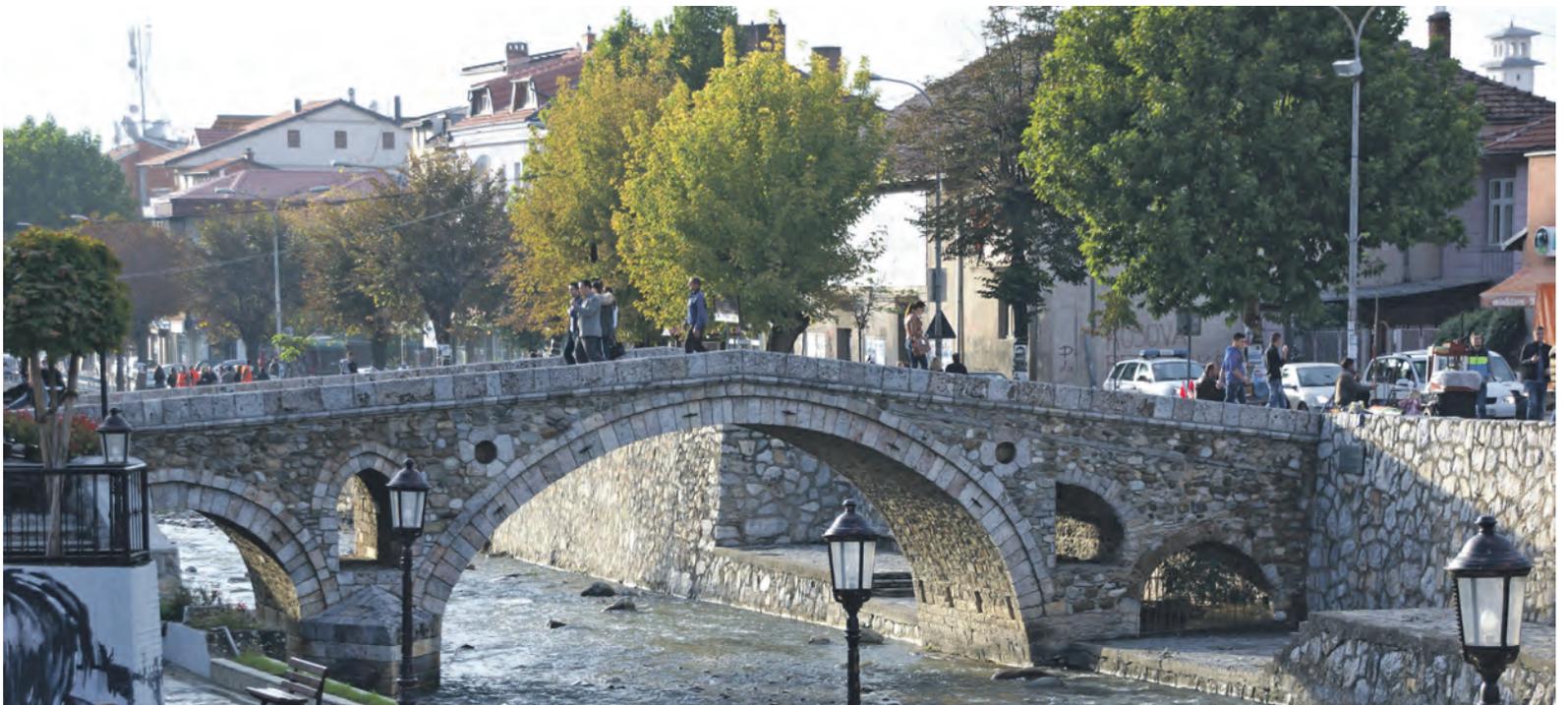
ja seit kurzem unter Schweizer Kommando. Kurz vor den lokalen Wahlen wurde insgesamt von einer angespannten Situation und von Aufrufen zum Wahlboykott berichtet.

Das Engagement für die Zivilbevölkerung wurde uns bei der Besichtigung eines Gesundheitszentrums in Prishtina und durch die Vorstellung zweier Projekte im Gesundheits-

**Die demokratischen Institutionen im Kosova sind erst im Aufbau begriffen und nach wie vor herrschen starke klientelistische Strukturen.**

bereich zur Unterstützung einer Krankenversicherungsreform sowie in der Milchbranche durch das Hilfswerk Solidar Suisse näher vorgestellt (→ [www.solidar.ch](http://www.solidar.ch)).

Im Südosten des Landes besuchten wir eine Grundschule, wo wir mit den Verantwortlichen der Lokalregierung und den Lehrpersonen sprechen, aber auch den Unterricht besuchen und uns mit den Kindern austauschen konnten. Positiv überrascht waren wir von der Herzlichkeit, dem direkten Zugang im Unterricht und



In Prizren, der zweitgrössten Stadt des Landes

die hohe Aufmerksamkeit der Kinder, negativ aufgefallen sind uns die schlechte Ausstattung der Schule, die nur wenig Entfaltung ermöglicht. Erfreulicherweise wurde bereits auf unserer Reise ein Austausch zwischen den Schulen von Xërxë und Herisau vereinbart.

Das Sozialversicherungsabkommen zwischen Kosova und der Schweiz ist derzeit sistiert. Dies ist ein grosses Problem, weil Renten, die nach 2010 fällig wurden, derzeit nicht ausbezahlt werden können, und so Menschen, die in der Schweiz gearbeitet haben und jetzt wieder in Kosova leben, keinen Zugriff auf ihre

Altersguthaben haben. Einerseits versuchten wir aufzuzeigen, dass auf kosovarischer Seite die Voraussetzungen für die gegenseitige Umsetzung geschaffen werden müssen, andererseits betonten wir mit Nachdruck, wie wichtig uns eine rasche Umsetzung ist, damit die Betroffenen endlich zu ihren verdienten Renten kommen.

Mit vielfältigen, teilweise auch widersprüchlichen Eindrücken kehrten wir in die Schweiz zurück. Diese Reise hat uns aufgezeigt, dass vieles noch labil ist, die demokratischen Strukturen erst im Aufbau begriffen sind und nach

wie vor starke klientelistische Strukturen herrschen. Das Engagement der Schweiz ist auch in naher Zukunft wichtig, insbesondere zur Stärkung der Zivilgesellschaft sowie zum Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft. Wir wollen die Diaspora aktiv unterstützen, den kulturellen Austausch fördern (zum Beispiel mit Städtepartnerschaften) und uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass das Sozialversicherungsabkommen erneuert wird, damit die Renten wieder ausbezahlt werden können.

Barbara Gysi, Nationalrätin SG, und Martin Pfister, SP AI



Besuch einer Primarschule in Xërxë



Die SP-Delegation in Kosova



Kosovarische Gaumenfreuden

Die SP Schweiz sucht per 1. April 2014 oder nach Vereinbarung für das Sekretariat in Bern:

## EINE ZENTRALESEKRETÄRIN ODER EINEN ZENTRALESEKRETÄR SP FRAUEN (60%)

### Ihr Verantwortungsbereich

Die SP Frauen Schweiz bildet eine Organisation der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und verstehen sich als Bewegung des sozialdemokratischen Feminismus. Ihr Ziel ist die Gleichstellung der Geschlechter, im politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Umsetzung der Frauenmenschrechte und die Verhinderung der Diskriminierung von Frauen stehen dabei im Zentrum der politischen Arbeit.

Als Zentralsekretärin oder als Zentralsekretär der SP Frauen besteht Ihre Aufgabe in der Konzeption, der Organisation und der Durchführung von gleichstellungs- und geschlechterpolitischen Kampagnen. Gleichzeitig sind Sie für die Planung und Organisation von Konferenzen und Versammlungen der SP Frauen, die Kommunikation, die Vernetzung sowie die politische Zusammenarbeit mit der SP-Fraktion und anderen wichtigen Organisationen verantwortlich.

### Ihr Profil

Sie verfügen über profunde Kenntnisse in der Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik sowie ein persönliches Netzwerk in diesem Bereich. Sie bringen Erfahrungen mit politischen Kampagnen und im Umgang mit Medien mit. Sie kennen die politischen Mechanismen und Abläufe auf nationaler Ebene. Sie haben Erfahrung in der politischen Projektarbeit und verfügen über sehr gute Kenntnisse der deutschen und der französischen Sprache. Sie arbeiten gerne selbstständig, haben aber auch die Fähigkeit zur Arbeit im Team und sind eine belastbare und flexible Persönlichkeit, die gerne Verantwortung trägt und Prioritäten setzen kann. Sie sind mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie vertraut und fühlen sich diesen Idealen verpflichtet.

### Unser Angebot

Wir bieten eine vielseitige und interessante Tätigkeit, ein angenehmes Arbeitsklima und fortschrittliche Arbeitsbedingungen (GAV). Wenn Sie interessiert sind, in einem politischen Umfeld zu arbeiten, die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen, und Sie auch in hektischen Zeiten den Überblick bewahren, dann senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis am 10. Februar 2014 an: [bewerbung@spschweiz.ch](mailto:bewerbung@spschweiz.ch) oder an SP Schweiz, Leyla Gül, Co-Generalsekretärin, Postfach, 3001 Bern. Weitere Auskünfte erteilt gerne Leyla Gül unter Tel. 031 329 69 78.



## ROTSTICH

## Können diese Zahlen lügen?

Statistik ist bekanntermassen die Hure der Wissenschaft. Aber auch die betont unakademische SVP schiebt gerne ein Nümmerchen. «Bald mehr Ausländer als Schweizer» – die markigen Buchstaben stehen über einer mit viel Liebe und gehörig Kreativität gestalteten SVP-Grafik. «Ohne Steuerung der Zuwanderung», wird erklärt, würden 2060 in der Schweiz über 16 Millionen Menschen leben – mehr als die Hälfte davon Ausländer. Der deftige Informationshappen in Form eines Diagramms wird mit bedrohlichen schwarzen Balken angerichtet, mit einem unbeirrt strahlenden Sünneli abgeschmeckt und dem besorgten Stimmvolk brühwarm serviert. Natürlich «à la minute», als kleines Amuse-Gueule für die Abstimmung über die Masseneinwanderung.

Nach derselben Methode lässt sich auch sonst recht gut errechnen, wie die Welt in besagtem Jahr 2060 aussehen wird. Und dass dies der SVP nicht gefällt, ist verständlich: Die BDP erreicht bei den eidgenössischen Wahlen 2059 einen Wähleranteil von 64,8 Prozent. Zusammen mit den Grünliberalen vereint sie eine satte 120-Prozent-Mehrheit auf sich. Zudem wäre Christoph Blocher zu diesem Zeitpunkt 120 Jahre alt, was in erster Linie deshalb problematisch ist, weil die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer bis dahin lediglich auf 95 Jahre steigt.

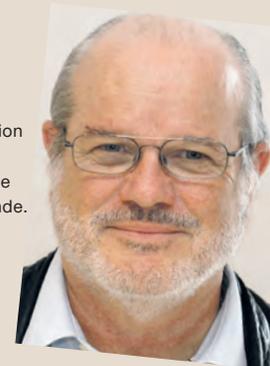
In der Schweiz hätte der deutsche Discounter Aldi 1141 Filialen – in einem Ort. Denn eine Hochrechnung der aktuellen Zahlen zeigt, dass unsere Gemeinden dann längst rübis und stübis fusioniert sind. Die Weltwoche kommt noch auf eine Auflage von gut 125 Exemplaren und wird von Roger Köppel in der Cafeteria des Altersheims persönlich geheftet und gefaltet. Nicht viel besser geht's dem Blick, der bis 2060 mehr Frauen nackt gezeigt hat, als im Kanton Glarus wohnen. Apropos «blutt»: Die JUSO hat mittlerweile 25 000 Mitglieder. Nur die Anzahl muslimischer Gebetstürme verharrt konstant bei vier. Dank der Anti-Minarett-Initiative, sonst wäre die Zahl auf 8,9 Bauwerke explodiert.

Wir sehen: Statistisch gesehen lässt sich alles verdrehen. Gibt es wirklich Leute, die der SVP die dreiste Zahlenakrobatik abnehmen? Es ist zu befürchten. Im Durchschnitt verfügen zwar alle Stimmberechtigten über statistische Grundkenntnisse, aber wir wissen um die Tücken des Mittelwerts: Wenn du den Kopf im Gefrierfach und die Füsse im Backofen hast, ist es im Durchschnitt angenehm warm.

Stefan Krattiger

## GENOSSEN

Viktor Moser ist Mitglied der SP-Sektion Therwil (BL) und Schulungsfachmann für privatwirtschaftliche und öffentliche Unternehmen sowie für Stellensuchende.



## Im Teufelskreis des Konsumismus

**Ständiges Wachstum ist ein Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaft. Auf diesem Boden hat der Konsum von Gütern und Dienstleistungen ein gigantisches Ausmass erreicht. Mit «Konsumismus» beschreibt Franz Hochstrasser «eine Kultur, in welcher der Konsum eine bisher nicht gekannte Bedeutung für die Subjekte gewonnen hat und die ganze Gesellschaft und ihre Subsysteme durchzieht».**

Der Autor weist darauf hin, dass in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts der Konsum «eine historisch nie gekannte Dynamik angenommen hat». Zwischenmenschliche Beziehungen, auch ökologische, soziale oder psychische Bedürfnisse würden mehr und mehr verdinglicht. Das «Glück des Habens» werde zusehends wichtiger als «die Beschäftigung mit Inhalten». Selbst kritischer Konsum könne die Grenzen des Systems bestenfalls ritzen, niemals aber sprengen. Umstellung auf Bioprodukte, Reduktion des Fleischkonsums, Energie sparende Heizungen, weniger Mobilität – bei allen diesen Aktivitäten bleibe der gute Wille individualisiert. Als Beispiel erwähnt Hochstrasser die Diskrepanz zwischen individuellem Sparverhalten und den 150 bis 170 Millionen Kubikmeter Erdgas, die zur Erdölgewinnung jährlich abgefackelt werden.

Dessen ungeachtet steckt die konsumistische Kultur in einem Grundwiderspruch. «Die kapitalistische Produktion verbraucht

mehr Ressourcen, als ihr die Natur bietet», erklärt der Autor. Zudem sei die menschliche Konsumkapazität physisch und psychisch begrenzt. «Die kapitalistischen Mechanismen treiben den Widerspruch vor sich hin und verschärfen ihn», ergänzt Hochstrasser. Die globale Katastrophe lasse sich bloss hinauszögern. Unmissverständlich folgert der Autor, dass der Konsumismus nur durch kollektives Handeln und durch Verzicht zu überwinden sei. Verzicht? Hochstrasser gibt auf dieses Reizwort eine dialektische Antwort: «In der heutigen übersteigerten Lebensweise müssen fast alle Gesellschaftsmitglieder mehr oder weniger auf Musse, gesunde Nahrung, saubere Luft, lärmfreie Zonen verzichten.» Oder andersrum gelesen: Verzicht kann ein Gewinn für alle sein. Voraussetzungen dafür seien jegliche Formen des Sharings (gemeinsames Benutzen von Apparaten, Fahrzeugen, usw.), Genügsamkeit, Befreiung von Überfluss. Darin sieht Hochstrasser den Keim für neue Politiken. Gleichzeitig gibt er zu bedenken, dass Menschen Zeit brauchen, um soziale und kreative Fähigkeiten zu entwickeln und er fügt bei: «Gründe dafür gibt es genug, Zeit aber bald keine mehr.»



Franz Hochstrasser (2013)  
**Konsumismus:  
Kritik und Perspektiven**  
oekom, München  
ISBN 978-3-86581-326-8  
(auch als E-Book erhältlich)

*Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an*

[links@spschweiz.ch](mailto:links@spschweiz.ch)

# MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

## Weiter mit Bildung

### Wie funktioniert unsere Wirtschaft? D2.1.1405

3.3., Bahnhofbuffet, Olten  
Das ABC der Wirtschaft, Einkommens- und Vermögensverteilung, Massnahmen der Gewerkschaften.  
ReferentInnen: Oliver Fahrni (Redaktor der Zeitung «work»), David Gallusser (SGB), Danièle Lenzin (Sozialwissenschaftlerin)

### Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen

D1.8.1425, 5.–7.3., Hotel Freienhof, Thun oder D1.8.1426, 5.–7.11., Hotel Freienhof, Thun  
Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, BVG-Rechtsformen und Begriffe, Verantwortung und Haftung, Information, technischer Zins, individuelle Vorsorge. Referenten: Sabino Di Mambro (Fachmann für Personalvorsorge), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)

### Basisseminar für Mitglieder von Personalvertretungen D1.7.1401

12.–14.3., Hotel Flora Alpina, Vitznau  
Aufgaben und Rechte einer Personalvertretung, Rollenverständnis.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69  
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr  
Auflage 43310 (Wemf)

### Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis  
Adressänderungen/Abos:  
abo@spschweiz.ch

### Redaktion

Lisa Schädel (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Nicole Amacher (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

### E-Mail Redaktion

links@spschweiz.ch

### Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

### Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

### Druck

Ringier Print Adligenswil AG  
Postfach 3739, 6002 Luzern

### Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH  
Hellgasse 12, 6460 Altdorf  
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47  
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13.1.  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 17.2.

Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

### Als Vertrauensperson erfolgreich an Verhandlungen teilnehmen

D1.8.1416  
18.3., Bahnhofbuffet, Olten  
Verhandlungsvorbereitung, Argumentationstechniken, Umgang mit schwierigen VerhandlungspartnerInnen, Verhandlungserfolge erzielen.  
Referentin: Danièle Lenzin (Sozialwissenschaftlerin, ehemalige Co-Präsidentin syndicom)

### Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen

D1.8.1427, 19.–21.3., Hotel Freienhof, Thun oder D1.8.1428, 19.–21.11., Hotel Freienhof, Thun  
Freizügigkeits- und Wohneigentumsförderungsgesetz, Teilliquidation; Anlageorganisation BVV 2, Risiken, Deckungsgrad, internes Kontrollsystem, Strukturreform. Referenten: Sabino Di Mambro (Fachmann für Personalvorsorge), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)

Anmeldung: [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch),  
[info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch), Tel. 031 370 00 70  
Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

## AGENDA 2014

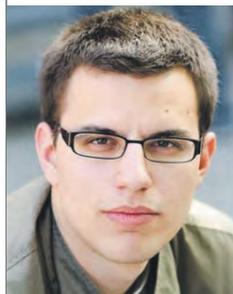
28. März  
**Koordinationskonferenz**

29. März  
**Delegiertenversammlung**

27. Juni  
**Koordinationskonferenz**

28. Juni  
**Parteitag**

[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)



Dario Schai  
ist der neue Zentralsekretär  
der JUSO

## Die Stärke der Sozialdemokratie

Lange Zeit war die Linke in einem Dornröschenschlaf gefangen. Der Fokus lag auf den Parlamentswahlen und der Karriere, das Cüpli mit den GenossInnen wurde der Aktion auf der Strasse vorgezogen, die Basis zahlte den Mitgliederbeitrag.

Die Existenz der Sozialdemokratie darf nicht darin bestehen, Errungenschaften zu verwalten. Wir müssen diejenigen sein, die kritisieren, schimpfen, kämpfen und verändern. Wir müssen Visionen entwickeln und diese zu den Menschen tragen. Wir müssen begeistern. Wir müssen Freude schenken. Wir müssen die Welt verändern. Der Weg dazu führt über uns alle.

Die Menschen treten der JUSO oder der SP bei aus Unzufriedenheit mit dem heutigen politischen und wirtschaftlichen Zustand. Unsere Mitglieder haben den Willen, eine bessere Welt zu schaffen. Die Aufgabe der Partei ist es, dieses Engagement zu bündeln und den Mitgliedern eine Aufgabe zu geben. Verändern können wir die Welt nur, wenn wir gemeinsam aktiv sind.

Doch machen wir uns nichts vor, die Basisaktivitäten bei der SP müssen noch massiv ausgebaut werden. Der Fokus auf die parlamentarische Politik ist nach wie vor zu gross, die Basis zu wenig in die parteiinternen Prozesse einbezogen und in vielen Sektionen sind Standaktionen vor den Abstimmungen ein Fremdwort. Dies darf den Ansprüchen der Sozialdemokratie nicht genügen, wir müssen mehr wollen!

Im letzten Herbst hat die JUSO zusammen mit der SP und den Gewerkschaften mit der 1:12-Kampagne gezeigt, wie eine Kampagne mit starker Basisaktivität aussehen kann. Das Motto: mit den Menschen und bei den Menschen gegen die Wirtschaftsmillionen. Fast 30 000 Fahnen mit dem 1:12-Logo hingen an Balkonen in der ganzen Schweiz, 500 000 Flyer wurden verteilt, mehrere hundert Standaktionen fanden in allen Landesteilen statt. Mehr als 10 000 SP- und JUSO-Mitglieder wurden persönlich angerufen und viele von ihnen engagierten sich in der einen oder anderen Form für 1:12.

Der 1:12-Abstimmungskampf hat gezeigt, wie aktiv, motiviert und lebendig die Sozialdemokratie ist. Es werden noch viele weitere Projekte folgen, bei denen der Einsatz von uns allen, von der Nationalrätin bis zum einfachen Mitglied, gefragt sein wird. Die Stärke der Sozialdemokratie liegt in der Tatsache, dass wir nicht alleine, sondern gemeinsam für unsere Visionen kämpfen. Venceremos!



# PIEMONTESSISCHER BARBERA DES ROVERO CLANS



San Marzanotto vor den Toren Astis ist das Reich der Barbera-Traube. Die Gebrüder Rovero keltern daraus ganz vorzügliche Gewächse. Ob im Stahltank, kleinen oder grossen Holzfass ausgebaut, ob aus einer Einzellage oder aus verschiedenen Parzellen, jeder Typ ist einzigartig. Fratelli Rovero zählen zu den Pionieren des biologischen Rebbaus im Piemont. Sie wissen, wovon sie sprechen. Das spürt man ihren Weinen an.

**6er Probierset «Rovero Clan»** mit je zwei der folgenden Weine:

**Auf Frucht und Frische gebaut**

**Barbera d'Asti 2010**, Barbera d'Asti DOCG, 75 cl, Fr. 12.50

**Charakter aus der Einzellage Gustin**

**Gustin 2009**, Barbera d'Asti superiore DOCG, 75 cl, Fr. 17.40

**Selektion der besten Trauben, in Barriques ausgebaut**

**Rouvè 2009**, Barbera d'Asti superiore DOCG, 75 cl, Fr. 29.–

Pro Kunde kann maximal ein Probierset zum Aktionspreis bezogen werden. Angebot gültig bis Ende Februar 2014.



**6er Probierset «Rovero Clan»  
Fr. 95.– statt Fr. 117.80**

Zusätzlich schenken wir Ihnen  
die Versandkosten von Fr. 14.–

Bitte ausfüllen und einsenden oder gleich telefonisch unter 043 322 60 00 bestellen

**6er Probierset «Rovero Clan»**

Bitte senden Sie mir zusätzlich:

den Küferweg-Newsletter elektronisch zu

gratis das Küferweg-Weinbuch



Noch schneller bestellen?  
Einfach QR-Code scannen  
und online bestellen.

1274

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Tel: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_